

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wofe, Gaertlein & Bogler, G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Erdmann. Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Bock & Co. Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner, William Wilsens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geirr. Eisker. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

gestern stattgehabten Konferenz von Selbst-Obmännern erklärt, er werde wahrscheinlich am Freitag einen Gesandtschaftsbesuch auf Erhöhung der Zuckerausfuhrvergütungen, welcher Sonnabend durchzu-  
berathen wäre, vorlegen. Ohne daß die Prämienfakt direkt geändert wird, sollen die Prämien dadurch bedeutend erhöht werden, daß die Höchstleistung des Staates von 5 auf 9 Millionen Gulden hinaufgesetzt wird.

Dr. Lieber wagt. Aber jedes Mißtrauen gegen die Mißtäthervverwaltung sei unbegründet. Abg. Lieber: Mißtrauen liege nicht vor, auf beiden Seiten werde die ehrliche Ueberzeugung des andern anerkannt. Die Bedenken richten sich gegen die Sache, nicht gegen Personen. Aber an der Tagesordnung sei der Wechsel in den leitenden Stellen, und wer bürgte dafür, daß der Nachfolger ebenso denke wie der Amtsvorgänger. Wenn die Sicherheit gegeben würde, daß die zweijährige Dienstzeit nicht angetastet werde, dann könne man der Vorlage ohne Bedenken zustimmen. Aber darüber wünsche er eine hinlängliche Erklärung. Abg. Richter findet, daß der Kriegsminister mehrere neue Gesichtspunkte in die Debatte gebracht habe, ohne daß die gestellten

— In den Kaisermanövern erfährt der „N. Anz.“, daß der Kaiser den großen Operaplan für die im September stattfindenden über selbst ausgearbeitet habe. Während großen Kavallerieübungen wird auch ein es Kavallerie-Nachtmannöver stattfinden. Für Kaisermanöver ist gleichfalls ein solches in Aussicht genommen.

zu vernehmen und zu befehlen. (Heiterkeit.) Die Enthaltsamkeit der Konservativen sei auch begreiflich, denn ihre Vereine würden sich immer des Wohlwollens der Regierung erfreuen und auch vom Staatsanwalte unbehelligt gelassen. Die Frau Justitia habe sehr wohl die Binde auf und sehe sich an, mit wem sie es zu thun habe. Bis jetzt sei ja daraus den Sozialdemokraten noch kein Schade erwachsen, denn der Kern des Volkes denke denn doch nicht so billig, um durch solche offensbaren Ungerechtigkeiten entpörrt zu werden. Wenn der Partei Fickert freilich ein Gleiches passirte wie der Sozialdemokratie, dann wäre diese kleine Partei schon längst von der Weltbühne verschwunden. (Große Heiterkeit.) Der benutzte Proß sei jedenfalls gerichtet! Was man auch sonst der Sozialdemokratie gegenüber sich erlauben zu dürfen glaube, sei ein Vorfall in einer sächsischen Stadt. Dort habe man einen Vortrag über Göthe's „Faust“ verboten (Heiterkeit), weil er vorwiegendlich ja doch zu Aufreizungen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung Anlaß geben solle! Wedner erklärt, seine Freunde acceptiren den Entwurf der Kommission, der jedenfalls seinen Fortschritt gegenüber dem bescheidenen Rechtszustande bedeute. Unleidend sei vor Allem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Habe derselbe doch sogar in Hildesheim, unter Zustimmung des hannoverschen Oberpräsidenten, Anwendung auf einen wissenschaftlichen Verein gefunden.

Die Eithaltfamkeit der Konfervativen fei auch begreiflich, denn ihre Vereine würden fich immer des Wohlwollens der Regierung erfreuen und auch vom Staatsanwalte unbehelligt gelaffen. Die Frau Iuftitia habe fehr wohl die Hände auf und fehe fich an, mit wem fie es zu thun habe. Bis jetzt fei ja darans das Sozialdemokraten noch kein Schade erwachen, denn der Kern des Volkes denke denn doch nicht zu billig, um durch folche offenkaren Uneredigtheiten ent-

hört zu werden... Wenn der Partei Nidert freilich ein Gleiches passierte wie der Sozialdemokratie, dann wäre diese kleine Partei schon längst von der Bistfische verdrängt worden. (Große Heiterkeit.) Der benutzte Prozeß sei ebenfalls gerichtet! Was man auch sonst der Sozialdemokratie gegenüber sich erlauben zu dürfen glaube, zeige ein Vorfall in einer sächsischen Stadt. Dort habe man einen Vortrag über Götthe's „Faust“ verboten (Heiterkeit), weil er voran-

Wieder ja doch zu Aufregungen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung Anlaß geben solle! Nebner erklärt, seine Freunde acceptirten den Entwurf der Kommission, der jedenfalls seinen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Rechtszustande bedeute. Uneliebig sei vor Allem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Habe derselbe doch sogar in Hildesheim, unter Zustimmung des hannoverschen Oberpräsidenten, Anwendung auf einen wissenschaftlichen Verein gefunden.

Abg. v. Bennigsen (nl.) will auf diesen Fall nicht näher eingehen. Er und seine Freunde wünschen ebenfalls eine Regelung des Vereinsrechts für das ganze Reich, sie befürchten aber, daß vorliegender Entwurf den verpöblichten Regierungen unannehmbar sein würde. Trotz einiger Mängel des Entwurfs würden jedoch seine Freunde für denselben stimmen.

Abg. v. Dzierzowski-Pomian (Pole) spricht sich für den Entwurf aus, dabei die Vorfälle

Abg. **Stolle (Soz.)** beklagt namentlich die Handhabung des Vereinsrechts in Sachsen.

ist, ein Reichsvereinsgesetz gemäß Artikel 4 der Reichsverfassung zu Stande zu bringen.  
Abg. Förster (Antisemit) tritt ebenfalls für den Entwurf ein.  
Abg. Nickerl stellt noch fest, daß seitens des Bürenns des Reichstages zu jeder Konstitutionsfrage Einladungen an Herrn v. Bötticher, an den Herrn Minister des Innern und Andere abgegeben seien.  
Damit schließt die Debatte über § 1. Nach-

Abg. Lieber erklärt, das Zentrum werde für diesen Paragraphen stimmen, zu Aenderungen desselben in einer schon von Nichter angezeigten Richtung werde sich bei der dritten Lesung noch Gelegenheit bieten, wird § 1 angenommen. Ebenso debattelos 2 und 3. § 4, 2. Vereinigungsrecht betreffend, erklärt in Abjaj 2 die Verbindung von Vereinen untereinander für unzulässig.

Abg. Beisel (Sg.), antwortet, namentlich auch auf Beispiele in Hannover Bezug nehmend, die Handhabung des § 8 im preussischen Vereinsgesetz. Die Hebertragung dieses Paragraphen sei, nachdem, gebildet oder bestraft worden. Jedner geht dabei nochmals ausführlich auf den Prozeß gegen die sozialdemokratischen Parteiorganisationen ein, auf die gleichartige Organisationen anderer Parteien, des Bundes der Landwirthe zc. Da müßten doch sogar die verbliebenen Neuerungsmen einsehen, daß jeder § 8 nicht

Nach einer kurzen Bemerkung des Ministers von der Rechte über einen von Ricker erwähnten Spezialfall erklärt

Die sämtlichen übrigen Paragraphe 5—18 werden debattelos genehmigt.  
Hierauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr.  
Tages-Ordnung: Vörsengesetz.  
Schluß 5½ Uhr.

Wie geschrieben wird, wird Major von  
mann sich erst auf einige Wochen zu seiner  
Fahrt nach der Schweiz oder nach Lauterberg  
dort begeben, ehe er nach Berlin kommt.  
ausgeschlossen ist es, daß Herr von Wissi-  
n diesen Aufenthalt unterbricht und einen  
Absteher nach Berlin macht, um hier der  
seits eines Freundes beizuwohnen.  
— Wie verlautet, ist in der Person des  
attentatfähigen Ungarn ein Marinemattaché

Die hiesige japanische Gesandtschaft ermunnt. Zeitpunkt der Ankunft des Kapitäns ist noch nicht bestimmt.

Wilmote Aoki begiebt sich voraussichtlich dieser Woche nach Brüssel zur Führung der Vertragsverhandlungen mit Belgien. Seine Absicht dort dürfte sich auf zwei bis drei Wochen erstrecken.

Der preussische Finanzminister hat vor Wochen im Abgeordnetenhaus bei der Be-

über den Gesetzentwurf betreffend Erziehung von Umzugsteuern an Regierungsbaureisen zur Begründung der „Disparität“ der Löhne der im Staatsdienste beschäftigten Bauingenieure und Architekten und zur Einführung einer aus Abgordertenkreisen vorzuziehenden Abänderung des Gesetzeswurfs eine von Behauptungen angefüllt, deren Stichhaltigkeit vielfach ersten Zweifeln unterliegt. Ereignisse aus der allerletzten Zeit aus dem Leben eines der Verfasser des „Rechts der Bauingenieure“ wird auch in die Re-

ung, daß den Regierungsbeamtensmeistern jeder Urlaub aus dem Staatsdienste zur Ueberlassung einer andern Stellung gewährt würde, Affessoren aber nicht. Hat schon der Abgetretene Nichter einen Fall erwähnt, in welchem ein Affessor Urlaub aus dem Staatsdienste nicht worden ist, so bleibt es nicht recht unbedenklich, daß unmittelbar vor und nach der von einer solchen ministeriellen Erklärung zur Behandlung der Urlaubsgesuche der Regie-

baummeister sich mit denselben in schriftlichen  
Spruch setzt, wie uns durch eine Reihe von  
bewiesen wird. So wollten zwei Regie-  
baummeister, die in den Jahren 1885 und  
die große Staatsprüfung abgelegt haben  
von über zehn Jahre in Staatsdienste be-  
steht sind, ihre feste Anstellung aber erst nach  
den fünf bis sechs Jahren erwarten können,  
zwei bei zwei deutlichen Privatbaltun-  
gen eintreten, um dort eher zu einer  
Anstellung zu gelangen, als bei uns. Und das ist

abgelehnt. Der vom Finanzminister vorgelegte Entwurf des Gesetzes, der die Einkommensteuern wieder besonders scharf betonte, mußte, trotz der Regierungsbauteiler jederseits weiteres entlassen werden können, läßt in der aber berechtigt erscheinen, wenn Beamte im Lebensalter von 40 und mehr Jahren eigene Sicherstellung und diejenige ihrer Familien endlich zu erreichen streben. Bei den verschiedenen Ressorts herrschenden ungleichen Verhältnissen sollte die Regierung

unter diesen Umständen Leidenden den  
ritt in eine befriedigendere Stellung  
paß des Staatsdienstes doch nicht er-  
en.

Die Budgetkommission des Reichstags  
ente zusammengetreten, um die vier über-  
Novelle zum Gesetz über die Friedens-  
strafe vom 3. August 1893 zu beraten.  
tweitete sich wieder eine längere allge-  
Debatte, in der vornehmlich die Berichter-  
den, Rohlfisch und Dief-

Nächster den in erster Lesung im Plenum  
gegangenen Standpunkt Freispreizten. Dr. Lieber  
legte die sichere Gewähr, daß die zwei-  
jährige Dienstzeit durch die Vorlage nicht er-  
höht und daß nicht durch sie der Weg zu  
Mehrforderungen an Friedensbestand ge-  
wöhne. Abg. Richter forderte eine reale  
Welt durch gefühlte Festlegung der Dauer  
des zweijährigen Dienstzeit, Abg. v. Podbielski  
erwies, daß die zweijährige Dienstzeit bis

verfügungsbefugnis eingeführt sei, noch 2½ % der Bevölkerung sei noch kein abschließendes Urteil zu fällen. Die Frage sei noch nicht spruchreif und könne nicht richtig, mit einer rein militärischen oder politisierten Frage zu verquiden. Die Frage der Beteiligung der bieren Bataillone, deren Führung in geschlossenen Formationen zu Fuß, zu Fuß und in Brigaden greife nicht der Entscheidung über die zweijährige Dienstzeit vor. Der Minister von Broszart bemerkte, man könne nicht erwarten, daß die Regierung die

nach an den Eintritt von 1891 an  
r. Dieser habe eine 28monatliche Dienst-  
auf Grundlage gehabt. Die Durchführung  
r. des Entwurfs sei aber nützlich sowohl  
be für zwei-jährigen, wie mit einer drei-jährigen  
he. In gewissen Sinne hänge allerdings  
t. der zwei-jährigen Dienstzeit zu-  
n. Bedingungslos sei die zwei-jährige  
t. von keiner Kommandobehörde, die be-  
wurden, befürwortet worden. Die Pers-  
ho

tragen genöthigt zu beantworten. Bedenklich  
erscheine, daß die Stärke der Armee wachsen  
sollte im Verhältniß zur Bevölkerungszunahme.  
Auch das Zurückgreifen auf den Entwurf von  
1890 sei bedenklich. Im Jahre 1891 sei dem  
damaligen Kriegsminister von Verdy durch den  
Reichstanzler Grafen Caprivi widerprophet  
worden. Bald darauf habe von Verdy seinen  
Wischel genommen und man hätte meinen  
sollen, daß damit auch seine Pläne begraben  
worden seien. Aber die Abkommandierungsfrage,  
die eine Hauptfrage sei, habe sich der Kriegs-

nimmst nicht begreift, und über die Ausbildung der Merkwürdigste feste eine ständige Erklärung. Die neuen Bataillone sollten im Kriegsfall vollwertig sein, so daß sie selbst der Ergänzung bedürftigen, mithin keine Stodres abgeben könnten. Damit ergebe sich eine Millionenerhöhung für Vorräthe u. s. w. Man wolle künftig einige 80 000 Mann mehr ins Feld stellen und das lasse die Sache nicht so einfach erscheinen. Es würden dann noch neue Kavallerie- und Artillerie-regimenter verlangt werden, wie sie im Entwurf

1891 eingezogen waren. Die Folgen seien nicht abzusehen. Jedenfalls müsse wenigstens die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werden. Man möge die Erhebung der Frage der Vollbataillone ebenfalls bis 1899 zurückstellen. Merkwürdig sei auch, daß für die vier Bataillone nur Hauptleute erster Klasse verlangt würden. Wir ständen vor Plänen, die der um Theil garnirt kennen und die, soweit wir sie kennen, höchst bedenklicher Art sind.

Minister von Brönstorf widerspricht dieser Auffassung. Die Präsenz wird nicht verneht, auch würden keineswegs mehr Pferde und anderes Material verlangt werden. Die Abkommandierung werde prospectual erfolgen. Der Gedanke, die zweijährige Dienstzeit zu durchbrechen, habe sich wohl fern gelegen. Man möge ruhig abwarten, ob sich die zweijährige Dienstzeit bewähren werde. Abg. von Kardorff begrüßt die Vorrede und die Reformation mit großer Freude. Abg. von Meibohm wünscht die

infere nationale Wehrkraft gestärkt, also auch  
ver brauchbare und verfügbare Mann zum  
Deutschen herangezogen werde. Man möge  
trotz überall Gespenster sehen. Prinz Auerberg  
wünscht, daß die Abkommendarstellungen erst nach  
zweijähriger Ausbildung erfolgen. Der Kriegs-  
minister stimmt dem Wunsche bei. Abg.  
Nichter stellt hierauf folgenden Antrag zu § 1:  
Artikel 59 der Verfassung wird wie folgt ab-  
geändert: „Jeder wehrfähige Deutsche u. i. m.“

...hört in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre dem fliehenden Meere, und zwar die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie die ersten drei Jahre, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zu unterbrochenem Dienst bei der Fahne n. l. w.“ Wegen Beginn der Versenkung wurde die weitere Beratung auf Freitag vertagt.

Die Schmerzen stiegen allmählich, bis sie die Schrift heit bei „Opfr. 3g.“: Das Leiden ist nicht lebensgefährlich, aber äußerst mangelnd und schmerzhaft. Es begann mit einem Gallenleiden, in dem sich ein fettiger, nun schon Wochen andauernder Gichtanfall gefühlte, der mit großen Schmerzen einsetzte und das Gehen des Patienten unmöglich machte. Vor etwa vierzehn Tagen trat eine gelinde Besserung ein, aber die Öffnung, die sich daran knüpfte, war trügerisch, ein Rückfall verschlimmerte das Befinden. Seit zwei

Wieder geht es wieder ein klein wenig besser, so daß der Oberpräsident zeitweise aufstehen und, auf den Diener gestützt, das Zimmer durchgucken kann. Gilt die Besserung an, so wird dem Oberpräsidenten in einigen Wochen noch mehr sein, die Geschäfte in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

**Herrn Ruppin.** 3. Juni. Das bisher benannte gewordene Reusnitz der gestrigen Stichwahl am Reichstags-Wahlkreise Ruppin-Templin ergiebt

**Darmstadt, 3. Juni.** Oberlandesgerichtsherr Hertelinger, früher langjähriges Mitglied der zweiten Kammer, sowie Präsident der hiesigen Landesknobbe, ist heute früh gestorben.

**Österreich-Ungarn.**

**Wien, 3. Juni.** Zeitungserhebungen zufolge ist Finanzminister Dr. v. Bilinski in einer

**Frankreich.**  
Paris, 1. Juni. Im ersten Wahlkreise von Cholet (Maine-et-Loire) stand gestern die Wahl des Nachfolgers des früheren Abgeordneten und nummehrigen Senators Grafen de Maille au. Befanßlich hätten die jugendlichen Heißsporne der royalistischen Partei gern den Herzog von Orleans benogen, seine Candidatur in Cholet aufzustellen, auch waren die deshalb ge-

phogen Verhandlungen die Ursache des Zerwürfnisses zwischen dem Präsidenten und der grauen Säulen des großen royalistischen Komitees. Wenn nicht durch den „König“, so wurde nun Graf de Maille gestrichen durch einen Parteigenossen abgehoft, Baron, der übrigens keinen Mitbewerber hatte, so sicher war die Wahl eines Royalisten in jener Gegend. Die Republikaner, welche im Voraus wußten, daß sie unterliegen würden, enthielten sich der Maß-

Wahlung, in das von 17849 eingeschriebenen Wählern nur 10 730 sich an der Wahloperation beteiligten. Auch in Dieppe fand gestern eine Abgeordnetenwahl statt. Hier drang der gemäßigter Republikaner de Folleville als Nachfolger des Abikalien Legras durch, jedoch mit knapper Noth, denn der radikale Kandidat Roubaud erzielte nur 58 Stimmen weniger als er.

gung vernachlässigen, daß sie auf den 31. hinausgeschoben wurden, ereigneten sich gestern neun Unruhen, die in Tätlichkeiten ausarteten. Des Vormittags schienen die Wähler ganz zahm zu sein, aber nach dem Frühstück, gegen 1 Uhr, ging der Standal wieder los. Die Genbarmen, etwa dreißig Mann, welche einschreiten wollten, wurden beschimpft und gestoßen und mußten aus der Versammlung herbeigekalligraphen. Des Abends waren außer einer Schwadron berittener

Jäger auch der Unterpfand von Beziers und der Staatsanwaltschaft zur Stelle, aber der Lärm dauerte fort und es wurden Vorsichtsmaßnahmen für die Nacht getroffen. Die Angeworbenen haben einzelne Wähler verhinndert, bis zu der im Schulsaal angeordneten Urne vorzudringen, diese wurden um 6 Uhr verriegelt und die Operation wird abermals für null und nichtig erklärt werden. Montagnac ist eine der nicht mehr zahlreichsten Gemeinden Frankreichs, in denen die Mayorschön bisher immer die Pflicht zu befüllen

Cajiquac findet die „Innerion“ Maba-  
gastars lächerlich und sieht darin einen neuen  
Beweis der Naivität der republikanischen  
Regierung und der Charakterlosigkeit des  
Ministers des Auenken Hanotato, welcher sich

„Nicht! Und anders bekommen hat. Dennoch freut er sich über die Annexion, weil sie England bitteren Verdruß bereiten wird. Aber eine Dummheit bleibt es, fährt der Chefsekretär der „Autorität“ fort, daß man dem Sowaswolke die Suprematie und der Leffin Manabolo die Krönungskrone läßt. Die Franzosen nehmen, sagt er, auf Madagaskar nicht überall Feinden bezeugen, wenn sie die Uebermacht der allen anderen Völkerkassen verhafteten Sowas gebrochen hätten.“

Neben der bekannten Gesellschaft zur Verbreitung des Katholizismus (congregatio da propaganda fide) in Rom besteht auch in Frankreich ein Verein zur Verbreitung des Glaubens, l'Oeuvre de la Propagation de la foi, der eben sein 74. Wirkungsjahr angetreten hat. Schon auf verschiedenen Malen wurden von Rom

zweck begünstigt. Verfügt gemacht, dieses Missionswerk mit seinen beträchtlichen Geldmitteln der Propaganda unterzuordnen, aber immer umsonst. Gegenwärtig hat Kardinal Ledochowski, Generalpräfect der Propaganda, sein Möglichstes, um mit Hilfe des Papstes dieses Ziel zu erreichen, folgt aber bei den französischen Prälaten, welche l'Œuvre de la Propagation de la foi unterstützen, auf den kräftigsten Widerstand. Die Einnahmen dieses Vereins betrugen letztes Jahr

600 000 gegen 15 572 grants im Jahr 1823. Mehr als die Hälfte stammten die französischen Katholiken an die Zehreinnahme bei Flak-Bothringen liefert durchschnittlich 330 000 grants, die deutschen Katholiken gaben letztes Jahr 324 000, die der Britischen Inseln 148 000; Belgien figurirte mit 350 000, Italien mit 327 000, Spanien mit 128 000 und Oesterreich mit 68 000 grants.

**Italien.**

**Rom, 3. Juni.** Es geht das Gerücht, Me-  
celi habe auf den beiläufig bereits Mitte April  
Eingelangten Brief des Papstes geantwortet,  
er werde die sämmtlichen Gefangenen frei-  
geben. Das Gerücht bedarf indessen noch der  
Befätigung.

**England.**

**London, 3. Juni.** Wie der „Daily News“  
aus Athen gemeldet wird, habe die Rückkehr der

anjon von S. mos nach Kanea unter den Ein-  
wöhnern Befürzung hervorgerufen, Bluth-  
liegen werde befürchtet und die Christen wagt-  
en nicht auf die Straßen, selbst nicht, um den  
Markt zu besuchen. Die Zahl der in die Kon-  
state und in das französische Kloster Geführten  
babe noch zugenommen; der Ausbruch anfe-  
der Krankheiten werde befürchte!











